

# Szenario Forum : wohin soll die Linke?

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340125>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Wohin soll die Linke?

Die SP-Linke versucht seit Jahren, durch ihre Arbeit in der Partei die Politik der schweizerischen Sozialdemokratie zu verändern und eine sozialistische Politik durchzusetzen. Ansätze dazu sind ihr ab und zu gelungen. In entscheidenden Situationen hat sie aber immer gegen die Parteirechte und -mitte verloren. Zwar ist es ihr gelungen, Perspektiven, die über die bestehenden kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse hinausweisen, in die breite Parteidiskussion einzubringen. Jedoch scheiterte jeder Versuch, diese in eine entsprechende politische Praxis umzusetzen. Die Grenzen verliefen zumeist dort, wo die Eingebundenheit der SP in die institutionelle Politik im bürgerlichen Staat auf allen Ebenen die Handlungsfähigkeit der Partei bestimmt. Die mit der Konkordanzpolitik einhergehende Verbürgerlichung der Sozialdemokratie, die Politik des Arbeitsfriedens und der Sozialpartnerschaft der Gewerkschaften hatte in den letzten Jahrzehnten einen massiven Legitimationsverlust und eine weitgehende Erstarrung der Arbeiterbewegung zur Folge. Die in die SP eingebundene Linke — obwohl Teil einer grossen Partei — konnte diesen sich verschärfenden Prozess der Abstinenz weiter Teile der Bevölkerung weder verhindern noch als Teil der Partei einen entscheidenden Beitrag im Spannungsfeld der neuen sozialen Bewegungen leisten.

Relativ überraschend entstand nach den letzten Bundesratswahlen im Dezember 1983 eine entscheidende Situation, die die Auflösung der Konkordanz mit

dem Bürgertum zu ermöglichen schien, konnte sich doch erstmals die mittlere Fraktion (das Zentrum) der Sozialdemokratischen Partei zu einer Aufkündigung der Regierungsbeteiligung durchringen — allerdings nur auf Bundesebene und bereits auf baldige Rückkehr schieflend. Trotzdem hat der Parteitag vom 11./12. Februar 1984 den Verbleib im Bundesrat beschlossen.

Überraschend war die im Dezember entstandene Situation deshalb, weil es offenbar ein personalpolitisches und emotionales Ereignis brauchte, um die bürgerliche Macht in diesem Staate offenkundig werden zu lassen. Entscheidend wurde das Ereignis jedoch, weil es erstmals seit langem eine breite und grundsätzliche Diskussion über die Konkordanzpolitik und die Rolle der Sozialdemokratie auch in weiteren Bevölkerungskreisen ausgelöst hat.

Die SP stand damit an einem Punkt, wo sie ihre Handlungsfähigkeit gegenüber dem Bürgertum unter Beweis stellen musste. Die breite Diskussion hätte ihr zudem ermöglicht, den Übergang zu einer Oppositionspolitik zu erklären.

Die SP hat nicht gehandelt.

Damit ist klar: In den nächsten Jahren wird die Sozialdemokratische Partei nicht zu einer oppositionellen Bewegung. Vielmehr hat sie öffentlich demonstriert, dass sie sich in einer entscheidenden Situation dem bürgerlichen Diktat unterzieht. Als Folge dieser schwachen Position wird es ihr in den nächsten Jahren noch weniger als bisher gelingen, als wirksame Oppositionskraft dem Bürgerblock

und dem Kapital entgegenzutreten. Sie wird weiterhin ihre Rolle in diesem bürgerlichen Staat spielen, das heisst, die eingebundene institutionelle Opposition, die mithilft, den Aufbruch zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen und die damit verbundenen sozialen Konflikte zu verhindern.

Der SP-Linken — zwar Mitglied einer grossen Partei, aber faktisch doch eine Splittergruppe und erst noch zunehmend gelähmt — bleibt dabei mehr denn je die Rolle eines arbeitsamen Statisten, der die Aufgabe hat, der Sozialdemokratischen Partei eine gewisse Attraktivität für kritische und oppositionelle Kräfte zu binden und radikalere Entwicklungen zu verhindern.

Die langjährige Erfahrung mit diesem in der Rolle der schweizerischen Sozialdemokratie grundsätzlich begründeten Widerspruch macht heute, mehr als vielleicht zu Beginn der 70er Jahre, deutlich: Die SP-Linke kann in dieser Partei ihre Politik nicht betreiben. Der Versuch der SP-Linken, in den bestehenden Strukturen der Partei durch konstruktive Opposition ihre Politik zu verändern, ist gescheitert. Wenn sie weiterhin in der Partei verbleibt, wird sie durch die in Aussicht stehenden massiv erschwerten Bedingungen völlig gelähmt oder macht weiterhin die Arbeit für eine Politik, die andere bestimmen. Wenn die SP-Linke nicht weiterhin die Parteirechte oder das Zentrum als billigen Vorwand dafür brauchen will, dass sie die von ihr angestrebte Politik nicht durchsetzen kann, dann muss sie diese Partei kollektiv verlassen.

Es wird aber nicht darum gehen, als Splittergruppe ausserhalb der Sozialdemokratischen Partei eine weitere Splittergruppe der Linken zu formieren. Da in der aktuellen Situation die Gefahr einer totalen Zersplitte-

rung der SP-Linken und ihrer Sympathisanten besteht — in solche, die aktiv oder passiv in der Partei verbleiben, solche, die in eine Partei links der SP eintreten, solche, die austreten und sich nur noch in Bürgerinitiativen und den neuen Bewegungen engagieren und solche, die sich in den Beobachterstatus zurückziehen —, schlagen wir die Bildung eines Nationalen Linken Forums vor, das für alle offen ist und keine Parteistruktur aufweist.

An diesem Forum können sich einerseits die ausgetretene SP-Linke beteiligen, dann aber auch die auf dem Papier noch in der SP verbleibenden Linken, im weiteren die freischwebenden Oppositionellen, die entweder inaktiv oder in verschiedensten Bürgerinitiativen/Bewegungen engagiert sind, aber wissen, dass punktuelle Aktionen nur dann wirksam sein können, wenn sie in eine ganzheitliche Politik eingebettet sind. Dieses Linke Forum müsste auch allen Linken offenstehen, die bereits in irgendwelchen Parteien (POCH, PdA, SAP usw.) und Gewerkschaften organisiert sind bzw. in den neuen Bewegungen (Frauen-, Friedens-, Ökobewegung usw.) engagiert sind.

Das Forum unterscheidet sich von der bisherigen Oppositionspolitik der SP-Linken dadurch, dass es ausserhalb der Partei aufgebaut werden müsste und nicht den Charakter einer «Paraorganisation» der SP anstrebt. Es unterscheidet sich von den meisten Bewegungen dadurch, dass eine ganzheitliche Politik angestrebt, bewusst Aktionsbündnisse und eine Vertiefung der Diskussion mit den Linksparteien ebenso wie mit den basisdemokratischen Bewegungen und von Fall zu Fall auch mit der SP gesucht wird.

Die Bildung eines Forums geht davon aus, dass heute die politi-

sche Klärung sowohl im Bereich der SP als auch ausserhalb mit andern Mitteln vorangetrieben werden muss, neue Erfahrungen, die über die unzweifelhafte Krise der Parteien hinausgehen, gesammelt werden müssen.

In einer ersten Phase ginge es darum:

1. Im Sinne einer ganzheitlichen antikapitalistischen Oppositionspolitik sich möglichst rasch zu konkreten gemeinsamen Aktionen zusammenschliessen, die über die traditionellen Formen des Politisierens hinausgehen.

2. In der Diskussion mit den Linksparteien und Umweltbewegungen über die unterschiedlichen Ausgangspunkte hinaus eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln.

Ein solches Forum wäre der Versuch:

1. wo immer möglich — angesichts der sich verschärfenden gesellschaftlichen Krise — gemeinsame Politik zu praktizieren, ohne sie zum vornherein in der bekannten Profilierungssucht linker Splittergruppen zu lähmen;

2. angesichts grosser regionaler Unterschiede, regional verschiedene Koalitionen und Mitgliedschaften (auch im Zusammenhang mit der SPS) zu ermöglichen;

3. längerfristig dazu beizutragen, neben der in den bürgerlichen Staat eingebundenen Parteien eine breite Oppositionskraft zu verstärken.

*Peter Glotz: Härteste Kämpfe ab 1985*

## Die Konflikte wachsen

*Von Horst Hartmann*

Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, ist mit einer innenpolitischen Bestandsaufnahme hervorgetreten, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt und die SPD vor jeglichem Wunsdenken bewahren soll. Ihm geht es darum, dass die demokratische Linke die gegenwärtige Situation klar erkennt, um entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Die Rechte von CDU/CSU und FDP setzt eindeutig auf Entsolidarisierung. Sie glaubt, der Mehrheit ein «sorgloses Leben» auf Kosten von 20 oder 25 Prozent Arbeitslosen bieten zu können, wenn die Kosten der Arbeitslosigkeit minimiert und der Sozialstaat abgebaut wird. Dieses Konzept ist seit dem Lambsdorff-Papier von 1982 ja mehrfach von führenden CDU-Politikern wiederholt worden.

Peter Glotz vertritt die Ansicht, dass diese Taktik bislang aufging. Aber er warnt gleichzeitig: Faktoren wie die technologisch bedingte Arbeitslosigkeit, Protektionismus und Rüstungskosten lassen die «härtesten sozialen und politischen Kämpfe» der BRD ab 1985 erwarten.

Mit Ablenkungsmanövern wie den Thesen über Staatsverschuldung, Anti-Staat und neuer Mütterlichkeit hat sich die Rechte bislang ein modisches Mäntelchen umhängen können, um Sympathien zu gewinnen. Dagegen liess die Linke ihre «Spaltung» zu, denn über Ökologie, Rüstung und Frauenfrage kam es zu neuen Parteigründungen.

Kern der demokratischen Linken bleibt für Glotz nach wie vor die klassische Industriearbeiterschaft, aber das Dienstleistungslager gewinnt immer